



KOMMENTAR

Selina Stiegler zur Postwachstumsökonomie

Ein Mittelweg muss her

Es sind vor allem die Industrieländer, die den Klimawandel weiter vorantreiben. Daher sollten es auch die Länder sein, die in ihrem Wachstum auf die Bremse treten. Ob diese Bremse gleich eine Postwachstumsökonomie sein muss, ist berechtigterweise fraglich. Denn der weltweite Handel und die dadurch entstandenen globalen Beziehungen sind wichtig. Wachstum gänzlich auszuschließen, wäre fatal. Klimafreundliche Branchen sollten weiter wachsen, aber dafür sollten klimaschädliche Branchen abbauen und sich umorientieren. Naturkatastrophen werden sonst weiter zunehmen und Menschen daran sterben.

Wachstum rechtfertigt aber nicht die Überschreitung von ökologischen Grenzen. Ein weltweiter Handel in Maßen wäre angebracht. Deutschland sollte wieder mehr im eigenen Land produzieren und nicht über seine Verhältnisse leben. Das führt auch zu einem gewissen Grad an Krisensicherheit. Corona und Kriege haben gezeigt: Globale Lieferketten können leicht zu Problemen führen.

Rohstoffe und andere Ressourcen sind endlich. Darauf muss von Reichen mehr Rücksicht genommen werden. Die Nachfrage regelt schließlich den Markt. Wenn wohlhabende Menschen lernen, weniger zu konsumieren und sich wieder stärker auf die wirklich nötigen Dinge besinnen, dann wird der Markt sich anpassen müssen. Daher tragen sehr wohl manche Verbraucher eine gewisse Verantwortung – aber nicht die alleinige. Es kann zum Beispiel nicht die Lösung der Politik sein, CO₂ zu bepreisen, sodass sich nur die Menschen heizen im Winter leisten können, die genug Geld besitzen. Denn beim Energieverbrauch lässt sich nur bis zu einem gewissen Punkt sparen. Es muss eine gerechte Lösung her, bei der niemand hinten herunterfällt.

ZAHL DES TAGES



22 Prozent des Energieverbrauchs wurden 2023 durch erneuerbare Energie gedeckt. Im Vorjahr lag der Wert noch bei 20,8 Prozent, wie das Umweltbundesamt berichtete. Grund für den Anstieg seien insbesondere die Zuwächse der Erneuerbaren in den Sektoren Strom und Wärme bei gleichzeitig sinkender Nachfrage nach Energie in allen Sektoren. *dpa*/FOTO: DPA

Fertigung bei Ford steht still

SAARLOUIS/KÖLN. Der am Freitag begonnene Streik von Beschäftigten mehrerer Unternehmen im Zuliefererpark bei Ford in Saarlouis wirkt sich bereits auf die Produktion im Ford-Werk aus. „Die Fertigung steht seit heute Morgen“, sagte die Sprecherin des US-Autobauers in Köln. „Das System ist so, dass wir aus dem Zuliefererpark Teile geliefert bekommen. Und wenn die nicht geliefert werden, können wir nicht produzieren“, sagte sie. Die IG Metall hat die Beschäftigte von fünf Firmen im Zuliefererpark aufgerufen, in einen unbefristeten Streik zu treten. *dpa*

Wachstum in Zeiten der Klimakrise

Kann die Wirtschaft weiter wachsen wie bisher? Zwei Ökonomen und eine Ökonomin geben Antworten

VON SELINA STIEGLER

BONN. Immer weiter hoch hinaus: Wirtschaftswachstum ist ein ständiges Ziel der Politik. Gleichzeitig will sie die Klimakrise effektiv bekämpfen. Lässt sich beides überhaupt miteinander vereinbaren? Wir haben mit zwei Ökonomen und einer Ökonomin gesprochen: Zwei stehen sich in ihrer Meinung über das Wirtschaftswachstum diametral entgegen, die dritte plädiert für einen Weg dazwischen.

1. Streitpunkt: Wachsen oder nicht? Mit Wirtschaftswachstum sei eine klimafreundliche, gerechte Ökonomie nicht möglich, sagt Niko Paech. Er ist deutscher Ökonom und forscht an der Universität Siegen zu Postwachstumsökonomie. „Die Postwachstumsökonomie ist ein Zukunftsentwurf für eine stabile, gerechte und innerhalb ökologischer Grenzen zu entwickelnde Ökonomie“, sagt der Volkswirt. Seine Forderungen sind drastisch: Damit dieser Zukunftsentwurf zur Realität werde, müssten der Verkehr, die Produktion und die Technik zurückgebaut werden.

Bei solchen Äußerungen kann der Bonner Ökonom Christian Bayer nur den Kopf schütteln: „Ich halte Post-

wachstumsökonomie für eine im Kern fast menschenfeindliche Ideologie“, so der Professor für Volkswirtschaftslehre von der Universität Bonn. Sie übersehe, wie viel Armut es auf der Welt gebe. „Das ist eine Ideologie aus der Sicht von sehr reichen Leuten, die satt sind“, meint Bayer. Das wirtschaftliche Wachstum habe in den vergangenen Jahrzehnten weltweit viel Gutes geleistet: Es gebe dadurch weniger Armut und Kindersterben sowie mehr Menschen, die lesen und schreiben können.

Das sieht Wiltrud Terlau ähnlich. Sie ist Professorin für Volkswirtschaftslehre, Resiliente und Nachhaltige Entwicklung an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg. „Lebenserwartung, Gesundheit und Bildung haben stark zugenommen“, so Terlau. „Wachstum heißt einen Anstieg von Waren und Dienstleistungen, das bedeutet mehr Arbeitsplätze und ein höheres Volkseinkommen, wovon auch Bedürftige profitieren.“ Allerdings: „Das geschieht leider auf Kosten der Umwelt und Sozialen.“ Es müsse sich also etwas ändern.

2. Streitpunkt: Konsumieren oder nicht? Dem Postwachstumsverfechter Paech geht es nicht darum, Menschen Güter wegzunehmen. „Es wurde intensiv zu der Frage geforscht, was zur Lebensqualität oder Zufriedenheit der Menschen beiträgt“, sagt er. Der Konsum gehöre dazu. Doch ein übermäßiger Konsum könne kontraproduktiv sein. „In einer solchen Situation gleicht das Konsumverhalten eher einer Sucht und weitere Steigerungen erhöhen nicht die Lebensqualität.“ Paech denkt dabei an Menschen, die bereits so viel besitzen, dass keine Zeit mehr bleibt, um all den Besitz auszuschöpfen. „Die Sinnhaftigkeit von Suffizienz, also Genügsamkeit, betrifft nicht die fünf Prozent an unterversorgten Menschen in Deutschland. Deren Lebensstandard wäre sogar noch leicht anzuheben“, stellt Paech klar.

Eine Haltung, die Terlau teilt, Bayer aber naiv findet. Der Bonner bezweifelt, dass die 95 Prozent, denen es besonders gut gehe, genauso viel Energie in ihre Arbeit stecken würden, wenn man ihnen die Früchte ihrer Arbeit weitestgehend nähme. „Diese Menschen engagieren sich eben auch beruflich, weil sie sich davon andere Bequemlichkeiten im Leben versprechen“, sagt Bayer.

3. Streitpunkt: Grün wachsen oder nicht? Für viele Ökonomen gibt es eine Alternative zum jetzigen Wachstum: Nicht die Postwachstumsöko-



Wirtschaftswachstum ist für viele das A und O. Andere wollen stattdessen effektiver gegen die Klimakrise vorgehen.

FOTOS: DPA/MICHAEL MESSAL/SIMON ZIMPFER/SIMON ZIMPFER



Niko Paech



Wiltrud Terlau



Christian Bayer

nomie, sondern das sogenannte grüne Wachstum. Der Definition nach wird hier versucht, Wachstum mit dem Schutz von natürlichen Ressourcen zu vereinen. Der Bonner Volkswirt Bayer glaubt grundsätzlich daran. Dafür sollen natürliche Ressourcen wie CO₂ weltweit bepreist werden. „Dazu braucht es Eigentumsrechte, wie CO₂-Zertifikate, für natürliche Ressourcen, die beim

Staat liegen sollten“, sagt Bayer. Das reize zu neuen Klimaschutzideen an – und jede solche Idee produziere neues Wachstum. Doch bedeutet nicht auch das wieder eine Benachteiligung? Flüge etwa dürften sich dann nur noch Menschen mit hohem Einkommen leisten können. „Ja, wenn Dinge besonders knapp sind, dann kann es sich nicht jeder leisten. Das ist nicht schön“, sagt Bayer.

Dennoch würden so alle profitieren. Die Einnahmen durch CO₂-Zertifikate könne der Staat schließlich in die Gesellschaft investieren.

Für Volkswirtin Terlau ist die Bepreisung von CO₂ nur ein Teil der Lösung. Zum grünen Wachstum gehörten auch innovative Technologien wie Windparkanlagen – und soziale Innovationen: „Wie die solidarische Landwirtschaft oder Bürgergenossenschaften, die sich gemeinschaftlich für erneuerbare Energien im Ort einsetzen.“ Grünes Wachstum könne nur weltweit funktionieren. Insbesondere die Hoheinkommensstaaten müssten sich mit dem Globalen Süden zusammensetzen und gemeinsame Strategien und Konzepte entwickeln; anders ginge es nicht, sagt Paech.

Paech sieht im grünen Wachstum keine Lösung. „Die Versuche, das wirtschaftliche Wachstum von ökologischen Schäden zu entkoppeln, sind nicht nur gescheitert, sondern haben teilweise das Gegenteil bewirkt“, sagt der 63-Jährige. Deutschland habe seine Emissionen nur verlagert: Durch das günstige Produzieren und Ausbeuten von Arbeitskräften in asiatischen Ländern habe Deutschland andere Länder für das eigene Wachstum in Mitleidenschaft gezogen, sagt Paech.

Im Ausbau von energieeffizienten und erneuerbaren Technologien sieht der Ökonom ein Problem. Denn Windparks und Photovoltaik-Freiflächenanlagen würden die übrig gebliebene Natur ebenfalls zerstören. Grüne Technologien seien erst dann eine Lösung, wenn die Reichsten weltweit ihren Wohlstand und damit ihren Energieverbrauch drastisch senken, so Paech. Ökonomin Terlau bringt es auf den Punkt: „Im Grunde genommen gibt es bisher keine klare Antwort, ob und in welchem Umfang wir wachsen sollen.“ Man könne sich nur durch Diskussionen einer Antwort nähern.

So viel kostet Baugeld

Regionale Banken mit Beratung vor Ort

Anbieter	Nominalzinssatz in % Laufzeit in Jahren			Monatliche Rate*	Zinszahlungen* 2,0% Tilgung
	5	10	20		
Sparda-Bank West	3,35	3,05		1.472,92	95.021,97
DEVK	3,39	3,20	3,43	1.516,67	99.631,47
Sparkasse KölnBonn	3,71	3,44		1.586,67	106.993,18
PSD Bank West	3,19	3,39	3,79	1.572,08	105.460,99
Allianz	4,27	3,45	3,55	1.589,58	107.299,63
PSD Bank Rhein-Ruhr	3,64	3,49	3,74	1.601,25	108.524,77
Debeka Bausparkasse	3,61	3,55	4,16	1.618,75	110.361,72

Die Tageskonditionen gelten für private Baufinanzierungen, die als Real Kredit bis zu einem Beleihungswert von 60 Prozent abgeschlossen werden. Der Zinssatz ist abhängig von den gestellten Sicherheiten, der Bonität des Kunden sowie dem Kapitalmarktzins zum Zeitpunkt der Kreditanfrage. Die Darlehenskondition wird für jede Baufinanzierung individuell ermittelt. Grundbuch- und Notarkosten müssen zusätzlich berücksichtigt werden.

Überregionale Zinsangebote

Anbieter	Nominalzinssatz in % Laufzeit in Jahren			Monatliche Rate*	Zinszahlungen* 2,0% Tilgung
	5	10	20		
Sparda-Bank BW	3,62	2,94	3,45	1.440,83	91.637,85
PSD Bank RheinNeckarSaar	3,14	3,14	3,49	1.499,17	97.788,48
Sparda-Bank Hessen	3,33	3,17		1.507,92	98.710,09
Sparda-Bank Nürnberg		3,25		1.531,25	101.166,59
PSD Bank Nord	3,34	3,34	3,59	1.557,50	103.927,98
PSD Bank Nürnberg	3,55	3,40	3,55	1.575,00	105.767,44
1822direkt	3,38	3,40		1.575,00	105.767,44
ING	3,42	3,48	3,72	1.598,33	108.218,62
PSD Hessen-Thüringen	4,25	3,55	4,39	1.618,75	110.361,72
Teuerster Anbieter	4,45	4,30	4,45	1.837,50	133.231,74

*bei 350.000 Euro Kreditsumme, 60 % Beleihung, 2,0% Tilgung und einer Laufzeit von 10 Jahren, ohne Berücksichtigung von Gebühren, die die Höhe des ausschlaggebenden Effektivzins beeinflussen.